

Privatisierung verhindern:

Stoppt den Verkauf der Berliner Sparkasse!



19 verschiedene Bieter wollen sich die Berliner Sparkasse einverleiben. Vom internationalen Finanzinvestor bis zur einheimischen Heuschrecke – die Privatisierung der Berliner Sparkasse weckt Begehrlichkeiten. Der Verkauf der Sparkasse ist der nächste Meilenstein der Privatisierungssorgie des SPD-Linkspartei-PDS-Senats und die Fortsetzung des Berliner Bankenskandals. Gleichzeitig wird damit Pionierarbeit geleistet: Bundesweit wäre dies die erste Privatisierung einer Sparkasse – der Beginn, den öffentlichen Sparkassen-Sektor zu schleifen.

In Großbritannien, wo es keine öffentlichen Banken mehr gibt, besitzen 3,5 Millionen Menschen kein Girokonto. Damit können sie zwingend notwendige Überweisungen nicht vornehmen. Mit der Abschaffung des öffentlichen Bankensektors drohen solche Zustände auch hier, da private

Banken nur an den Profit denken – nicht an das Gemeinwohl.

Mit der Privatisierung drohen schlechtere Bedingungen für Girokonten für alle, schlechtere Kreditbedingungen für arme Schlucker, eine Ausdünnung der Filialdichte und Arbeitsplatzvernichtung für die Beschäftigten.

Auf Berlin schielend bereiten nun auch Hessen und Nordrhein-Westfalen die Veräußerung der Sparkassen vor. Doch warum soll die Berliner Sparkasse überhaupt verkauft werden?

Bankenskandal und Folgen

Die Berliner Bankgesellschaft vergab in den 1990er Jahren eine Vielzahl von ungedeckten Krediten unter an

Infos, Kontakt & MiSDP: Redler c/o WASG
Allerstr. 11, 12049 Berlin, 030 247 239 18

www.WASG-Berlin.de





derem an CDU-Parteifreunde in der Baumafia. Im Jahre 2001 flog diese Geldmaschinerie im so genannten Bankenskandal auf. Dadurch stand die Bankgesellschaft, zu der auch die Sparkasse gehört, kurz vor der Insolvenz. Doch anstatt die 70.000 Anleger und Profiteure dieser Machenschaften zur Rechenschaft zu ziehen, entschied sich der Senat zu Finanzspritzen in Milliardenhöhe und dem „Risikoabschirmungsgesetz“: Es schützte die privaten Investoren vor den Folgen der Immobilienspekulation. Rund 15 Milliarden Euro – das entspricht rund einem Viertel der Schulden Berlins – werden die Berliner am Ende für die garantierten Gewinne dieser Spekulanten und das Bankendebakel aufbringen.

Gleichzeitig bot der rot-rote Senat der



EU an, diese öffentlichen Gelder nur dafür einzusetzen, die „Landesbank Berlin“, zu der die Sparkasse mittlerweile gehört, zu sanieren und dann zu privatisieren. Die EU nahm dankend an und seither machen sich Land und EU gegenseitig für die „Auflage“ verantwortlich, die Sparkasse verkaufen zu müssen.

Verluste wurden auf die Allgemeinheit abgewälzt, Gewinne werden privatisiert.

Berliner Sparkassengesetz 2005

Mit dem Sparkassengesetz von 2005 wurde die Privatisierung aktiv vorbereitet: es sollte die Berliner Sparkasse so investorenfreundlich wie möglich machen. Soziale Auflagen und Verbindlichkeiten sind darin nicht enthalten. Zwar sei **„Erzielung von Gewinn (...) nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes“**, doch kontrollieren kann das keiner.

Ausgerechnet die Wirtschaftskanzlei Freshfield Bruckhaus Deringer durfte im Auftrag der SPD-Linkspartei. PDS-Regierung das Gesetz formulieren: Eine Wirtschaftskanzlei, die mit der Lobby der Privatbanken über Berateraufträge eng verflochten ist.

Privatbanken wittern Profite

Den Privatbanken und Investoren ist die Sparkasse schon lange ein Dorn im Auge. Die noch erhaltenen sozialen Auflagen der Sparkasse machen sie zur Konkurrenz für die Privatbanken. Wenn der Konkurrent Sparkasse (Anteil von 42% am Privatkundengeschäft) erstmal aus dem

Weg ist, können auch sie noch gewinnorientierter arbeiten. Die Privatisierung des öffentlichen Bankensektors in Italien hat das bestätigt. Darüberhinaus wollen sie am liebsten ihre Profite unter dem sozialimage-freundlichen Sparkassenlogo erwirtschaften.

Im Juni 2006 kaufte sich schon die Deutsche Bank – berühmt für Milliardengewinne und Massenentlassungen – die Berliner Bank vom Senat.

Sparkasse statt Spekulantbank

Die WASG führt eine Kampagne gegen die Privatisierung der Berliner Sparkasse und beteiligt sich an einem Volksbegehren zur Novellierung des Sparkassengesetzes. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung – sammeln Sie Unterschriften, schließen Sie sich uns an.

Die WASG fordert den Verbleib der

„Der rot-rote Senat in Berlin erweist sich als treibende Kraft bei der Zerschlagung der öffentlichen Banken. Es macht die Sache nicht besser, wenn man sich vor Augen hält, dass die der Zusammensetzung von SPD und PDS/Linke nach „linkeste“ Landesregierung die Privatisierung ihrer Sparkasse am entschiedensten betreibt. Die FDP hätte das nicht besser machen können, obwohl sie es wenigstens programmatisch vertritt. Riskolos kann man aber die Prognose wagen: Ist der Verkauf der Berliner Sparkasse einmal abgewickelt, kommt der Privatisierungsschub erst richtig. Bisher schüchterne Provinzpolitiker werden die in Berlin begonnene Erosion des öffentlichen Bankensektors weitertreiben.“

*aus einem Kommentar der Financial Times
Deutschland vom 30. Januar 2007*



Berliner Sparkasse in öffentlicher Hand. Man kann nur kontrollieren, was einem gehört – eine Demokratisierung und Ausbau der sozialen Auflagen bei der Sparkasse ist dringend notwendig:

- **Kein Verkauf der Sparkasse, sofortiger Abbruch des Bieterverfahrens!**
- **Neuverhandlung der EU-Auflagen**
- **Erhalt der Arbeitsplätze und Filialdichte der Sparkasse**
- **Ein gesetzliches verankertes Recht auf ein Girokonto für jedermann**
- **Die Überschüsse der Sparkasse müssen gemeinnützig verwendet werden**
- **Offenlegung des „Umstrukturierungsplans“ des Berliner Senats zur Privatisierung der Sparkasse, den er an die EU-Kommission schickte.**

Demokratie statt Bankenmacht

Die privaten Banken wollen sich die noch öffentliche Berliner Sparkasse einverleiben, um ihre Profite zu steigern. Der SPD-Linkspartei.PDS-Senat agiert als Helfershelfer. Als würden die Banken noch Hilfe benötigen.

letzten Jahren ihre zentrale Rolle in der „Deutschland AG“ (einer engen personellen und wirtschaftlichen Verflechtung deutscher Großkonzerne und Banken), so behalten sie doch auch im globalisierten Kapitalismus eine zentrale Rolle. 2005 belegte die Deutsche Bank Platz 48 der weltweit größten Konzerne und Platz 8 der größten Banken international.

Die vier größten Institute, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Hypovereinsbank (mittlerweile unter italienischem Dach) und Commerzbank, verfügen über knapp ein Drittel der Gesamtvermögen der 100 größten deutschen Banken. Geld regiert die Welt

und dieses deutsche Bankenquartett herrscht mit. Ob Rüstungskonzerne oder Auto-Lobby, ob Klimakiller oder umweltfeindliches Großprojekt: Die deutschen Banken sind mit dabei.

Soll die Herrschaft der Großkonzerne beendet werden und Menschen statt Profite im Mittelpunkt stehen, dann müssen nicht die öffentlichen Sparkassen aufgebrochen sondern die geballte Macht dieser Geldkonzerne aufgelöst werden.



Beispiel Deutsche Bank: **„Im vergangenen Jahr verbuchte das größte Geldhaus Deutschlands einen Rekordgewinn von sechs Milliarden Euro – ein Plus von 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dividende steigt um 60 Prozent auf vier Euro“** (Tagesspiegel, 2. Februar 07). Seit dem Jahr 2000 baute diese Bank fast 30.000 Arbeitsplätze ab.

Verloren die deutschen Banken in den